

Pressemitteilung

19. April 2022

Tag der Anerkennung von Freiwilligen am 20. April

SoVD: Politik muss Digitalisierung im Ehrenamt stärker fördern

Hannover. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben einmal mehr gezeigt: Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, sind wichtiger denn je. Die momentanen Krisen machen aber auch deutlich, dass Ehrenamt mehr Unterstützung seitens der Politik benötigt – besonders im Bereich Digitalisierung. Anlässlich des Tags der Anerkennung von Freiwilligen am 20. April fordert der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen deshalb mehr Ressourcen und finanzielle Unterstützung.

In Niedersachsen ist jede*r Zweite in ihrer*seiner Freizeit ehrenamtlich aktiv. Auch die Arbeit des SoVD ist geprägt durch den großen Einsatz von mehr als 8.000 Aktiven, die sich um Menschen kümmern, denen es nicht gut geht. „Dieses Engagement ist aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken, es ist die Basis unseres Zusammenlebens“, betont Bernhard Sackarendt, SoVD-Landesvorsitzender in Niedersachsen. Deshalb müssten die Strukturen, in denen Ehrenamtliche arbeiten, besser unterstützt werden.

Durch die Corona-Pandemie hat das Thema Digitalisierung – auch im ehrenamtlichen Bereich – weiter an Fahrt aufgenommen. Viele freiwillig Aktive mussten auf digitale Lösungen umsteigen, um ihre Arbeit fortsetzen zu können. „Digitales Ehrenamt wird immer wichtiger, bekommt von der Politik aber viel zu wenig Unterstützung“, weiß Sackarendt. Und ergänzt: „Da braucht es mehr finanzielle Förderung, damit Vereine und Verbände zum Beispiel Schulungen und Projekte durchführen oder Hard- und Software anschaffen können.“ Digitalisierung müsse vor Ort zur Infrastruktur und Daseinsvorsorge gehören.

Aus Sicht des SoVD ist das vor allem deshalb so wichtig, weil sich zuletzt bei der Versorgung der Menschen, die aus der Ukraine flüchten, gezeigt hat, dass der Einsatz der Ehrenamtlichen oft unersetzlich ist. „Freiwillige können an bestimmten Stellen viel schneller unterstützen und sind häufig handlungsfähiger als so manche Stadt oder Kommune. Damit das so bleibt oder noch ausgebaut werden kann, braucht es entsprechende Strukturen“, fordert der niedersächsische SoVD-Chef.